



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 9 - V - 1 1 - 0 0 0 1
 (Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: Dezernat(e) I

Maßnahmen zur Personalbedarfsdeckung und Qualifizierung
 Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

M e n d e

Oberbürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

 Imholz
 Stadtkämmerer

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Aufgrund der Demografischen Entwicklung werden knapp 300 Mitarbeiter*innen jährlich die Landeshauptstadt Wiesbaden verlassen. Dem gegenüber stehen jährlich 60 bis 70 ausgebildete Nachwuchskräfte zur Stellenwiederbesetzung zur Verfügung. Das entstehende Delta macht es notwendig, externe, z. T. verwaltungsfremde Bewerber*innen zur Besetzung der offenen Stellen einzustellen. Um diesen neuen Mitarbeiter*innenstamm auf seine zukünftigen Aufgaben vorzubereiten, ist es notwendig, adäquate Weiterqualifizierungsmaßnahmen anzubieten.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

- 1 Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1 aufgrund der immer komplexer werdenden Aufgabenstellungen und trotz umfangreichem internen Fortbildungsprogramm weitere Fortbildungen bei externen Anbietern notwendig sind. Das dafür zentral bei Dezernat I, Amt 11 (Abteilung Aus- und Fortbildung, Personalentwicklung) zur Verfügung gestellte Budget in Höhe von 210.800 Euro reicht bei Weitem nicht aus. So haben die Fachämter über Dezernat II/Amt 11 (Abteilung Aus- und Fortbildung, Personalentwicklung) weitere Fortbildungen bei externen Anbietern buchen lassen und aus eigenen Ansätzen, die dafür allerdings nicht vorgesehen sind, bezahlt.
 - 1.2 aufgrund der demografischen Entwicklung und der Überalterung des Mitarbeiter*innen-Stammes die Landeshauptstadt Wiesbaden gezwungen ist, freiwerdende Stellen auch mit Quereinsteigern aus dem externen Arbeitsmarkt zu besetzen. Diese müssen in den ersten Jahren weiterqualifiziert werden.
Die Anzahl der ausgebildeten Inspektoranwärter*innen nicht ausreicht, um die freiwerdenden Stellen im gehobenen Dienst zu besetzen und dadurch die Notwendigkeit einer verstärkten Fachwirtausbildung für die Verwaltungsfachangestellten entsteht.
Auch im handwerklichen Bereich durch die Überalterung des Mitarbeiter*innen-Stammes immer häufiger eine Weiterqualifizierung (z.B. zum Meister) notwendig wird.
 - 1.3 stadtwweit im Jahr 2018 ca. 350.000 Euro für öffentliche Stellenausschreibungen verausgabt wurden, und somit die zur zentralen Finanzierung bereitgestellten Mittel in Höhe von 44.660 Euro bei der Kostenstelle 1100079 erheblich übertroffen wurden.
 - 1.4 folgende weitere Sitzungsvorlagen werden bzw. wurden zu dem Gesamtkomplex „Personalbindung und -gewinnung (Projekt zur Erhöhung der Arbeitgeberattraktivität)“ gesondert eingebracht. Diese sind:
 - 19-V-11-2005 Weiterführung des kostenlosen Jobticket Premium-Angebots (Beschluss StVV 0233 vom 27.06.2019)
 - 19-V-11-2009 Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung des Personalbestandes
 - 19-V-11-4001 Personalbedarfe infolge Steigerung der Ausbildungszahlen und eines komplexeren Einstellungsverfahrens
 - 19-V-11-4002 Maßnahmen auf der Basis der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung - Einführung Führungskräftefeedback
 - 19-V-11-4003 Maßnahmen auf der Basis der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung - Personalbedarf für die Einführung eines strukturierten Wissenstransfers
 - 19-V-11-1025 Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung der Rechtssicherheit und der Qualität der Personalauswahl

- 2 Es wird beschlossen,
- 2.1 zur Finanzierung der externen Fortbildungsmaßnahmen das Budget in 2020 sowie in 2021 um je 120.000 Euro zu erhöhen. Die Entscheidung über die Zusetzung des Mehrbedarfs erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanberatung 2020/2021.
- 2.2 das Budget für die Weiterqualifizierungsmaßnahmen von Quereinsteigern sowie die notwendige Ausbildung von Fachwirten und Handwerksmeistern um je 100.000 Euro in den Jahren 2020 und 2021 zu erhöhen. Die Entscheidung über die Zusetzung des Mehrbedarfs erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2020/2021.
- 2.3 für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 zur Finanzierung externer Stellenausschreibungen jeweils 400.000 Euro beim Innenauftrag 300122 zugesetzt werden. Die Entscheidung über die Zusetzung des Mehrbedarfs erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2020/2021.

D Begründung

Zu 1.1 und 2.1:

Das Budget für die externen Fortbildungsmaßnahmen der knapp 5.000 Mitarbeiter*innen der Landeshauptstadt Wiesbaden beträgt zurzeit 210.800 Euro. Dies entspricht einem Betrag von knapp 50 Euro pro Mitarbeiter*in und Jahr. Diese Mittel werden zentral bei Dezernat I/Amt 11 (Abteilung Aus- und Fortbildung, Personalentwicklung) verwaltet. Diese Abteilung übernimmt neben dem Controlling auch die administrative Abwicklung der externen Fortbildungsmaßnahmen. Aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Fortbildungen bei einem externen Träger (z.B. Ausbildung zur Standesbeamtin oder zum Standesbeamten) sowie der immer komplexer werdenden Aufgabenstellung reichen diese Mittel bei Weitem nicht aus. So sind die Fachämter gezwungen, Fortbildungen aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Die beantragten 120.000 Euro berechnen sich aus den Dezernat I/Amt 11 (Abteilung Aus- und Fortbildung, Personalentwicklung) bekannten weiteren Fortbildungsbedarfen, da diese Fortbildungen administrativ zentral abgewickelt wurden. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass weitere externe Fortbildungsmaßnahmen von den Fachämtern direkt gebucht wurden.

Zu 1.2 und 2.2:

Aufgrund der demografischen Entwicklung und dem massiven Abgang von Mitarbeiter*innen aus Alters- und Fluktuationsgründen werden externe Einstellungen immer notwendiger. Im Bereich der Kernverwaltung reichen die Verwaltungsnachwuchskräfte bei Weitem nicht aus, um freiwerdende Stellen nach zu besetzen. Nachbesetzungen durch externe, verwaltungsfremde Bewerber*innen macht es notwendig, diese weiter zu qualifizieren.

Ferner kann die Landeshauptstadt Wiesbaden aufgrund der hohen Fluktuation im Bereich des gehobenen Dienstes nicht mehr alle Stellen besetzen und fördert daher die Fachwirtausbildung der Verwaltungsfachangestellten. Während im Jahre 2012 5 Mitarbeiter*innen zu einem Fachwirtlehrgang am Hessischen Verwaltungsschulverband zugelassen worden sind, sind es in 2018 bereits 20. Die Ausbildung zum Verwaltungsfachwirt kostet pro Person 8.000 Euro. Diese Anzahl wird sich in den nächsten Jahren noch erhöhen. Zurzeit liegen Dez. I/Amt 11 insgesamt 44 Bewerbungen für die Fachwirtausbildung, die im Frühjahr 2020 startet, vor.

Aus dem Budget werden darüber hinaus auch Mitarbeiter*innen weiter qualifiziert, wenn diese aufgrund fehlender Verwaltungsausbildung zunächst als Quereinsteiger zum Verwaltungsfachangestellten weitergebildet werden. Auch hier liegen bereits 26 Bewerbungen für den Fortbildungslehrgang, der im Herbst startet, vor. Diese auf 1,5 Jahre verkürzte berufs begleitende Ausbildung kostet pro Teilnehmer*in knapp 5.000 Euro.

Ferner fördert die Landeshauptstadt Wiesbaden Studiengänge und die Ausbildung im handwerklichen Bereich zur/zum Meister*in.

Schon im Jahre 2018 wurde das Budget um 28.000 Euro überzogen. Sollte dieser Erhöhung nicht zugestimmt werden, müssen wir Weiterbildungsmaßnahmen in den Jahren 2020 und 2021 auf ein Minimum reduzieren, um die bereits in Weiterbildungsmaßnahmen befindlichen Mitarbeiter*innen und deren Weiterbildungsmaßnahmen zu finanzieren.

Zu 1.3 und 2.3

Im Jahr 2018 wurden für externe Stellenausschreibungen innerhalb der Stadtverwaltung insgesamt ca. 350.000 Euro verausgabt. Dem standen für die Jahre 2018 und 2019 jeweils nur 44.660 Euro an zentralen Mitteln bei Amt 11 zur Finanzierung von Veröffentlichungen zur Verfügung. Die darüber hinaus gehenden Kosten für externe Stellenausschreibungen wurden und werden durch die Dezernate getragen.

Vor dem Hintergrund steigender Altersabgänge und der erheblich gestiegenen altersbereinigten Fluktuationsquote ist davon auszugehen, dass die Zahl externer Stellenausschreibungen in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Weiterhin ist zu erwarten, dass aufgrund des Fachkräftemangels und des daraus resultierenden verschärften Wettbewerbs um diese Fachkräfte, gesteigerte Aktivitäten zur Gewinnung gut qualifizierten Personals notwendig sein werden. Das schließt u. a. auch die Schaltung weiterer Veröffentlichungsmedien mit ein, was zusätzliche Kosten zur Folge haben wird.

Zu 1.4

Die demografische Entwicklung, die damit einhergehende Entwicklung am Arbeitsmarkt, der sich zunehmend zum „Arbeitnehmermarkt“ entwickelt, machen komplexe und nachhaltige Maßnahmen zur Personalbindung und -gewinnung erforderlich.

Um hier gegenzusteuern ist ein Bündel unterschiedlicher Maßnahmen erforderlich.

Neben den mit dieser Sitzungsvorlage vorgeschlagenen Punkten wurden bzw. werden parallel die unter Beschlussziffer 1.4 aufgeführten Vorlagen eingebracht.

Dies umfasst das „Jobticket Premium“, ein Projekt zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität (nachhaltige Sicherung des Personalbestandes), Personalverstärkung zum Ausbau der Ausbildung, Optimierung der Personalauswahlverfahren, die Einführung eines Führungsfeedbacks sowie die nachhaltige Ausgestaltung des Wissensmanagements.

Das Gesamtpaket dieser Maßnahmen ist wesentliche Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadtverwaltung. Fachkräfte werden knapper und sie können sich mittlerweile in vielen Bereichen ihre Arbeitgeber aussuchen!

Hier gilt es gegenzusteuern!

Wiesbaden, den 28. August 2019

 stb/bö/la

M e n d e
Oberbürgermeister